



**Pet 4-19-07-4011-030498**

10713 Berlin

Mietrecht

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 22.04.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – als Material zu überweisen.

### **Begründung**

Mit der Petition wird gefordert, die Verlängerung des Bindungszeitraums für Mietspiegel von zwei auf drei Jahre zu beschließen.

Zur Begründung der Petition wird auf die entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD vom 12. März 2018 (Zeilen 5218, 5219) hingewiesen und gerügt, dass bisher noch nichts geschehen sei.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 139 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen zwei Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter anderem unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:



Der Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD für die 19. Legislaturperiode sieht mehrere Änderungen im Mietspiegelrecht vor, um eine repräsentative und differenzierte Qualität qualifizierter Mietspiegel zu gewährleisten und die für ihre Erstellung und Fortschreibung anfallenden Kosten möglichst gering zu halten. Zu den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen gehört auch die Verlängerung des Bindungszeitraums für einen qualifizierten Mietspiegel von zwei auf drei Jahre.

Zur Umsetzung dieser Vorgaben haben das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) und das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat Regelungen zur Verlängerung des Bindungszeitraums für Mietspiegel in den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform des Mietspiegelrechts aufgenommen. Der Referentenentwurf sieht vor, dass qualifizierte Mietspiegel im Abstand von drei Jahren – statt bislang zwei Jahren – der Marktentwicklung anzupassen sind (§ 558d Absatz 2 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches [BGB-E]). Sie sind nach spätestens fünf Jahren – statt nach bislang vier Jahren – neu zu erstellen (§ 558d Absatz 2 Satz 3 BGB-E). Einfache Mietspiegel sollen im Abstand von drei Jahren – statt bislang zwei Jahren – der Marktentwicklung angepasst werden (§ 558c Absatz 3 BGB-E).

Die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände, die betroffenen Fachkreise und der Bundesgerichtshof haben Gelegenheit erhalten, zu dem auf der Internetseite des BMJV veröffentlichten Referentenentwurf Stellung zu nehmen. Die Bundesregierung hat mitgeteilt, dass sie nach der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen eine entsprechende Gesetzesvorlage beschließen wird.

Der Petitionsausschuss hält die Eingabe für geeignet, in die diesbezüglichen Diskussionen und politischen Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Er empfiehlt daher, die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz – als Material zu überweisen.